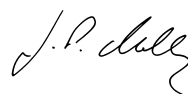


Editorial

Seit Juni 1997 ist das DEWI im Internet vertreten. Nicht alleine, sondern im Rahmen der Exportinitiative zusammen mit anderen deutschen Firmen. Erste positive Rückmeldungen aus dem Ausland sind schon eingegangen, ein Ansporn für uns, die Internetdarstellung weiter auszubauen und attraktiver zu gestalten. Vielleicht können sich weitere Institutionen jetzt dazu entschließen mitzumachen und die Exportinitiative damit zu stärken. Internetrecherchen sind im Ausland und gerade in den potentiellen Zielländern der Windbranche sehr viel selbstverständlicher, als das bei uns heute der Fall ist. Die Internetseiten der Exportinitiative sind deshalb ein preiswertes Medium, um sich weltweit präsent zu machen. Aber Internet alleine ist keine Lösung, den Export zu verbessern. Vor allem in der Finanzierung von Projekten im Ausland müssen neue Wege beschritten werden. Hier geht mein Appell an die Institutionen wie BMZ, GTZ, KFW und DEG darüber nachzudenken, wie Projektplanungen und Finanzierungen der heutigen Situation angepaßt werden können, damit die Finanzierungsmisere endlich behoben werden kann und deutsche Hersteller gegenüber Anbietern aus dem Ausland bessere Chancen erhalten.

Die Diskussion um das Stromeinspeisungsgesetz hinterläßt deutliche Spuren, vor allem in Richtungen, die immer unverständlicher werden. Wollen wir die Windenergie in Deutschland oder wollen wir sie wieder abwürgen? Diese Frage muß ich mir nach einigen Ereignissen der letzten Zeit und vor allem auch nach der Lektüre bestimmter Äußerungen stellen. Bisher war ich der Meinung, mit dem Stromeinspeisungsgesetz wollte Bonn die für die Umwelt und Ressourcen vorteilhaften regenerative Energien gefördert sehen. Nach Äußerungen wie "wenn der Strom aus Wind nicht für 4 Pf/kWh zu machen ist, dann muß die Förderung sofort eingestellt werden" oder "Der Zubau von Windkraftanlagen ist zwar aufgrund der Diskussion zu einer Novelle dieses Gesetzes zurückgegangen, da Banken und Investoren Zweifel haben, daß die heutige Vergütungshöhe für den Bereich der Windenergie fortgesetzt werden kann, doch unbestritten besteht Handlungsbedarf.", dann sehe ich, zumindest bei einigen, als neue Zielrichtung nur noch die Beendigung des Windenergieausbaus in Deutschland. Sind denn all die Überlegungen, die vor sechs Jahren zum Stromeinspeisungsgesetz geführt hatten, heute plötzlich nichts mehr wert? Wurde vor sechs Jahren die Förderung für den Wind durch das StrEG mit dem Ziel gestartet, eines Tages die billigste Energiequelle zu erhalten? Will man nur die angeblichen "goldenen Nasen" beseitigen oder gleich die ganze Windenergienutzung? Sollte letzteres der Fall sein, ist die bisherige Vorgehensweise geeignet, das Ziel zu erreichen. Wenn nicht, sollten Entscheidungen auf der Basis fundierter Erkenntnisse und nicht von Wunschvorstellungen gefaßt werden. Ein ökonomisches Gleichgewicht ist sehr schnell gestört. Kleinste Änderungen an der falschen Stelle zum falschen Zeitpunkt können sich verheerend auswirken. Die von politischer Seite vorgeschlagenen Vergütungsmodelle mit Kürzungen bis zu 30% werden drastische Auswirkungen haben. Anzunehmen, die Hersteller könnten dies durch Preisreduktionen ausgleichen, sind verfehlt. Gerade mal 5% und nicht 30% Öl-mangel führten 1973 zur Ölkrise mit allen ihren Auswirkungen. Brauchen wir weitere Versuche um festzustellen, ab wann Systeme instabil werden? Manche mögen sagen, das DEWI ergreife einseitig für die Windenergie Partei. Ja, wir sind Partei, weil wir ausschließlich im Bereich Windenergie tätig sind. Wir haben deshalb aber auch besonders viele Erfahrungen und Informationen. Aber, wir sind in unseren Arbeiten und Ergebnissen objektiv. Und die belegen eindeutig, daß die Vergütung aus dem StrEG angemessen und notwendig ist und deshalb besser beibehalten werden sollte. Eine Veränderung wäre zum jetzigen Zeitpunkt zu früh und eine falsche Strategie. Ich würde mich deshalb sehr freuen, wenn sich die Politik in diesem Sinne dazu durchringen könnte, der unnötig vom Zaun gebrochenen Diskussion um die Höhe der Vergütung aus dem Stromeinspeisungsgesetz ein Ende zu setzen. Der angerichtete Schaden ist schon groß genug.



Jens Peter Molly
Institutsleiter